

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin
Claudia Jacob

TOP 5 und 32 - Große Anfrage Forschung und
Ausbau von Hochschulen

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53

Angelika Birk:

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 068.04 / 19.02.2004

Spitzenforschung, aber auch Nachholbedarf

Woran denkt man bei exzellenter Forschung in Schleswig-Holstein? An unsere Universitäten, insbesondere unser Uni-Klinikum? Oder an Hochleistungslabore in großen Firmen? Diese Assoziationen skizzieren die Situation in unserem Land nur unzureichend.

Die Antwort auf unsere Große Anfrage zeigt eine vielfältige Forschungslandschaft, deren Highlights durchaus nicht nur an den Universitäten, sondern auch in kleinen Städtchen zu finden sind: Borstel, Plön und Geesthacht stehen exemplarisch für die Standorte von Bund-Länder geförderten Hochleistungsinstituten, von denen Impulse für die Entwicklung des Landes und die bundesdeutsche Forschung ausgehen.

Gemessen an den Kriterien Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz und Ökologie haben sich die Forschungsfelder in Schleswig-Holstein gut positioniert: Meereswissenschaften und -technik, Klimaforschung, Energie- und Umwelttechnik, Biowissenschaften, Medizin und Medizintechnik, Ökologische Landwirtschaft, „Sustainable Development“. Summa summarum: Schleswig-Holsteins Forschungsschwerpunkte liegen im „grünen“ Bereich.

Unsere Forschungseinrichtungen sind die Denkfabriken des Landes, denn es gibt in unserer Region der kleinen Betriebe kaum Firmen mit eigenen Forschungskapazitäten. Erst recht haben gesellschaftliche Organisationen, seien es Kommunen, Umweltverbände, Bürgerinitiativen oder Wohlfahrtseinrichtungen keine eigenen Think Tanks in Schleswig-Holstein. Technologietransfer und Existenzgründung aus der Hochschule heraus - mit regionaler Clusterbildung - das ist die erfolgreiche Antwort des Wirtschaftsministeriums auf diese Herausforderung.

Was bringen unsere Hochschulen und Forschungsinstitute für die Gesellschaft und wie steht es insgesamt um ihr Preis- Leistungsverhältnis? Auf diese Frage fällt die Antwort schwer, denn Forschungsevaluation und Technikfolgenabschätzung stehen in Schleswig-Holstein erst am Anfang. So kennen wir zwar die Wertschätzung unserer Bund-Länder geförderten Institute, wissen aber wenig über die Forschungsqualität unserer Hochschulen. Das muss anders werden.

Ist es richtig, unsere Spitzenforschung vor allem auch außerhalb der Hochschulen anzusiedeln oder gehören sie mehr in deren Mitte, wie es das berühmte Beispiel Harvard in den USA vormacht?

Wir wollen eine systematische Zusammenarbeit zwischen den Forschungseinrichtungen und den Universitäten abgestimmte Forschungs- und Eliteförderung und sehen hier Ausbaubedarf in Schleswig-Holstein.

Welche Chancen und Risiken bergen die schleswig-holsteinischen Pionierforschungsvorhaben in den Biowissenschaften und Medizin? Allgemein wird dieses Thema zwar in den Feuilletons diskutiert, nicht aber systematisch und öffentlich bei der Entscheidung, warum welche Forschungsschwerpunkte jeweils in unserem Lande auszubauen sind. Wir fordern deshalb eine Technikfolgenabschätzung nach dem Vorbild von Baden-Württemberg und könnten uns hierbei eine Kooperation mit Hamburg gut vorstellen.

Insbesondere die Medizin muss sich mehr interdisziplinären Fragestellungen widmen. Für den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein reicht nicht nur eine Gesundheitsmanagementausbildung, sondern auch mehr Forschung zur allgemeinmedizinischen Praxis, zur Rehabilitation und Pflegewissenschaft steht diesem Ziel gut an.

Damit kommen wir zu einem wesentlichen Kritikpunkt bundesdeutscher Forschungsvergabe. Die Verteilung der öffentlichen Mittel des Bundes und der Länder erfolgt in internen Gremien von Ministerien und WissenschaftlerInnen und kann vom Parlament nicht wirklich beeinflusst werden. Anders als die Landesregierung sehen wir hier wie der Bundesrechnungshof politischen Handlungsbedarf: Die Vergabeverfahren der Bund-Ländermittel müssen transparenter und demokratischer werden.

Unser Land würde hiervon sofort profitieren, denn nach dem bisherigen Vergabemodus ist es bisher nicht gelungen, die Benachteiligung Schleswig-Holsteins bei der Platzierung von Bund-Länder geförderten Instituten aufzuheben. Die Umwandlung des GEOMAR in ein Leibniz-Institut, ist ein erster Schritt, mehr Bundesmittel ins Land zu holen.

Eine gute Gelegenheit, mehr Bund-Länder-Fördermittel einzuwerben, bietet der dringend notwendige Ausbau der bildungswissenschaftlichen Kapazitäten. Schleswig-Holsteins Nähe zu den skandinavischen Nachbarstaaten, sollten wir dabei zur Etablierung von zukunftsfähiger Schulentwicklungsforschung nutzen. Dies wäre auch ein erster Schritt, um hierzulande endlich den Geisteswissenschaften mehr Gewicht zu verleihen.

Großen Nachholbedarf hat Schleswig-Holsteins Forschung nicht nur in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, sondern in der Geschlechterpräsenz: Im Jahre 2001 erwarben Frauen 40 Prozent der Doktorhüte, besetzten aber weit weniger als 10 Prozent der Lehrstühle. Mit diesem Profil befinden wir uns am unteren Ende der Frauenquoten in Forschung und Lehre bundesweit. Dies wird sich nur ändern, wenn konsequent bei der Mittelvergabe diese Problematik berücksichtigt wird. Das heißt im Klartext: Forschungsinstitute und Fakultäten, die sichtbar und messbar qualifizierte Frauen zum Zuge kommen lassen, erhalten mehr öffentliches Geld.
